

Linke will Auskunft von Maly

Demo gegen Nazi-Kundgebung in Fürth hat ein Nachspiel

NÜRNBERG (Eig.Ber./egr) — Mit dem umstrittenen Verhalten der Polizei bei der Demonstration von rund 800 Teilnehmern der Allianz gegen Rechts gegen die Nazi-Kundgebung in Fürth soll sich nun auch der Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly auseinandersetzen.

Die Linke Liste Nürnberg, die die Polizeistrategie am 19. Dezember scharf kritisiert hatte (wir berichteten), hat eine Anfrage an den OB gerichtet. „Mit Empörung sahen die Protest-Teilnehmer in Fürth, wie die Neonazis mit einem VGN-Bus zum weiträumig mit großem polizeilichen Aufwand abgesperrten Kaiserplatz befördert wurden“, schreibt Linke-Stadtrat Hans-Joachim Patzelt. Er möchte von Maly, dem Vorsitzenden der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion, wissen, wer die Entscheidung getroffen hat, die Neonazis vom Nürnberger Hauptbahnhof mit dem Bus zum Kundgebungsort zu transportieren. Zudem solle geklärt werden, wer die Verantwortung und die Kosten für den Einsatz trägt.

Auch habe Maly im Vorfeld geäußert, die Rechtsextremen hätten von einem gemeinsamen Treffpunkt in Nürnberg Abstand genommen. Somit hatten die Linken ihr Vorhaben fallengelassen, einen Verbotsantrag für dieses Treffen einzureichen. Im Nachhinein habe sich aber herausgestellt, dass sich die Neonazis doch in Nürnberg gesammelt hätten. Patzelt bittet um Aufklärung. Er berichtet in seinem Schreiben auch, dass die Polizei Demonstrationsteilnehmer auf dem Weg zur U-Bahn behindert habe.